

christianisme, par la notion greque d'individu

propagiert wird, wie es das funktionelle Crescendo der von der Bundesregierung betonten Trias „Frieden, Freiheit, Wohlstand“ nahelegt. Was hier fehlt, sind Werte wie

Vorstellungen wie die von General de Gaulle, dass die Nation ‚das vollkommenste Produkt der Geschichte‘ sei, oberhalb dessen es keine politisch wirkungsvolle Einheit mehr geben könne, nicht mehr ‚salonfähig‘ – wenn auch nicht ganz verschwunden. Das Problem, auf das ich hier hinweisen möchte, ist, dass sich die Wertevorstellungen zwischen West und Ost zum Teil auseinanderentwickeln und man aufpassen muss, dass sich hier nicht eine neue Trennlinie in Europa zwischen West und Ost vollzieht. Hier liegt m.E. eine wesentliche Gefahr für die Zukunft Europas.

Damit komme 2 (e)6 (w)8i issvol

ursprüngliche Luxemburger Vertragsentwurf, der von der schrittweisen Verwirklichung einer „Union mit föderaler Berufung“ gesprochen hatte, konnte sich auf Grund des heftigen Widerstandes der britischen Regierung gegen das sog. „f-word“ nicht durchsetzen. (Und im Vorfeld der Abstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union hatte der britische Premierminister Cameron gefordert, selbst auf das vage Ziel der allmählichen Schaffung einer „immer engeren Union“, einer „ever closer union“, nicht verpflichtet zu werden.)

Ausgelöst durch eine Rede des deutschen Außenministers Joschka Fischer¹⁰ kam es in den Jahren 2000 und 2001 erneut zu Debatten über die Finalität des Integrationsprozesses. Vor allem angesichts der anstehenden Osterweiterung der EU schien eine Diskussion um institutionelle Reformen sowie die Vollendung der EU dringlich. Diese Debatten, an denen sich unter anderen der französische Staatspräsident Jacques Chirac, Premierminister Lionel Jospin und der britische Premierminister Tony Blair beteiligten,¹¹ machten deutlich, wie unterschiedlich die Vorstellungen über die Finalität des Integrationsprozesses waren. Fischer selbst, der sich in seiner Rede in die Tradition Robert Schumans und dessen „Vision einer Europäischen Föderation“ stellte, sprach zwar von dem Endziel einer Europäischen Föderation und deutete an, dass die staatlichen Kernsouveränitäten wie die Außen- und Sicherheitspolitik in die Kompetenz einer europäischen Regierung fallen sollten, blieb aber letztlich bezüglich der Art der zu schaffenden europäischen Regierung sowie insbesondere der künftigen Rolle der Nationalstaaten in einem geeinten Europa und auch der genauen

Nationalstaaten“ als Endziel, unter der er die „schrittweise und kontrollierte Teilung von

Nebeneinander konkreter Vorstellungen mag neben anderen Ursachenfaktoren ja gerade einer der Gründe für die heutigen Probleme der EU sein.

Auf der anderen Seite sind seit einiger Zeit verschiedene Stimmen – aus politischen wie zivilgesellschaftlichen Kreisen – zu hören, die die zügige Umsetzung einer politischen Union bzw. die Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa“ oder gar eine „europäische Republik“ einfordern.¹⁵ Das Problem bei diesen Entwürfen ist, dass sie die Realität ignorieren und dies mit einem einfachen Wunschbild entgegensetzen. Ich denke hier u.a. an die Entwürfe von Winfried Böhner, Brendan Simms oder Ulrike Guérot. Ihnen gemeinsam ist die Vorstellung, dass das alleinige Übel der Nationalstaat ist und dass, wenn man diesen abschafft und beispielsweise durch ein Europa der Regionen ersetzt, die Einheit und Einigkeit Europas realisiert wären. Ganz abgesehen davon, dass ein Aufbau Europas auf Basis von Regionen vermutlich kaum

Zukunft oder Finalität Europas in den Hintergrund getreten. Aber sie muss wieder aufgegriffen werden, und hierfür gibt es verschiedene Ansatzpunkte. Das eben erwähnte